

An den Präsidenten
der Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9020 Klagenfurt

Klagenfurt, 20. November 2025

Gemeinsamer Abänderungsantrag

zu Antrag Nr. 14

zum Wirtschaftsparlament am 25. November 2025

des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landesgruppe Kärnten und der Freiheitlichen
Wirtschaft Kärnten

Senkung der Staatsquote auf deutlich unter 50%

Die österreichische Staatsquote lag 2024 mit 56,3%¹ klar über marktwirtschaftlich vertretbaren Grenzen, dem OECD-Schnitt und den historischen Erfahrungswerten erfolgreicher Wirtschaftsnationen. Für 2025 und 2026 ist aktuell von keiner Senkung auszugehen. Ein zu großer Staatsanteil hemmt Investitionen, Eigeninitiative und unternehmerische Innovationskraft, wie zahlreiche Studien (u.a. OECD, Weltbank, IWF) belegen. Die Tendenz zu wachsender Staatswirtschaft und überbordende Regulierungen schränken den Handlungsspielraum für Produktivität und Wohlstand als Grundlage für ein nachhaltiges Sozialsystem massiv ein und gehen gegen die Prinzipien einer liberalen Marktwirtschaft.

Angesichts der dramatisch gestiegenen Staatsquote fordern wir daher:

1. Strukturreformen zur Entlastung des Staatshaushalts:

- **Strategische Überprüfung staatlicher Beteiligungen:** Evaluierung aller Bundesbeteiligungen nach Effizienz, Marktnähe und strategischem Nutzen. Ziel ist eine Optimierung der Beteiligungsstruktur, zB durch Kooperationen mit privaten Partnern oder effizienteres Beteiligungsmanagement.
- **Zusammenlegung und Vereinfachung von Förderstellen** Reduktion der über 1.000 Einzelprogramme auf wenige, transparente Schwerpunktcluster – etwa „Innovation“, „Digitalisierung“, „Energie“.
- **Reform der Förderlogik:** Systematische Evaluierung nach Effizienz- und Wettbewerbsbeitrag, schrittweiser Abbau von Förderungen ohne klaren wirtschaftlichen Mehrwert.
- **Ausgabenbremse im Verwaltungsbereich:** Keine realen Budgetzuwächse über die Inflationsrate hinaus.
- **Verbindliche Wirkungsanalyse und Förderentflechtung:** Durchführung einer verbindlichen Analyse bestehender Förderinstrumente und echte Entflechtung der Bund-Länder-Förderlandschaften.

¹ <https://www.wko.at/statistik/Extranet/Bench/staatsq.pdf>

2. Förderung von Eigenverantwortung:

- **Einführung von Public-Private-Partnerships (PPP)** bei Infrastrukturprojekten (zB Breitbandausbau, Verkehr, Bildungseinrichtungen). PPP-Modelle zielgerichtet und bei wesentlichem Wirtschaftlichkeitsvorteil einsetzen.
- **Ausbau und Attraktivierung privater Vorsorgeangebote** (steuerlich begünstigte Gesundheits- und Pensionsmodelle).
- **Förderung von Wohnbau durch private Investoren** statt über direkte Zuschüsse.
- **Stärkung der Finanzbildung** in Schulen, um langfristig Eigenverantwortung im Umgang mit Geld und Vorsorge zu verankern.

3. Steuersenkung und Entbürokratisierung:

- **Senkung der Lohnnebenkosten** um 4%-Punkte bis 2030 durch schrittweise Effizienzsteigerungen im Sozialsystem sowie der Auslagerung des FLAF.
- **Reform der Einkommenssteuer** mit Fokus auf Entschärfung der Progression, um Anreize für Teilzeitarbeit zu reduzieren und Mehrarbeit zu begünstigen.
- **Abschaffung oder Vereinfachung von Bagatellsteuern** (z. B. Werbeabgabe, gewisse Gebühren).
- **Digitalisierung von Verwaltungsverfahren:** Einheitliche Unternehmensplattform (One-Stop-Shop) für Genehmigungen, Förderanträge und Abgaben.

4. Konkrete Zielvorgabe: Senkung der Staatsquote von derzeit rund 56 % (2024) auf unter 50 % bis spätestens 2030.

Vor diesem Hintergrund stellt der unterzeichnende Delegierte folgenden

ANTRAG

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten möge beschließen:

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, insbesondere gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen, für Maßnahmen zur schrittweisen Senkung der Staatsquote unter 50% bis spätestens 2030 einzusetzen.

Es sollen folgende Maßnahmen eingefordert und unterstützt werden:

- Systematische Reduktion von Eingriffen in den Markt und staatlicher Förderungen, gezielte Privatisierungsprogramme für nicht-strategische Staatsbeteiligungen.
- Gesamtstaatliche Staatsquote spürbar senken, auch durch Orientierung an internationalen Best Practices.
- Abbau von Bürokratie und regulativen Hindernissen („Gold Plating stoppen und abbauen“), digitalisierte Behördenverfahren für Unternehmen, insbesondere KMU und Gründer.



Raimund Haberl
WP-Delegierter



KoR Günter G. Burger
WP-Delegierter